

Helmut Kohl
hat Deutschland und Europa
entscheidend vorgebracht

Höhepunkt der Kanzlerdemokratie

Henning Köhler

Auf Helmut Kohl trifft das Wort Helmut Schelskys von der „skeptischen Generation“ absolut nicht zu. Bei ihm gab es keinerlei Reserve gegenüber der Politik. Die Kommunalwahl von 1946 war so etwas wie die Initialzündung. Seit dieser Zeit kämpfte und arbeitete er für die Partei. Ihn zeichnete eine „fast naturhafte Verbundenheit mit dem Parteileben“ aus, wie der Trierer Politologe Erwin Faul zu Recht festgestellt hat.

Seine politischen Grundüberzeugungen änderten sich nicht. Man kann sie mit drei Punkten umreißen: Abscheu vor dem Krieg, Festhalten an der deutschen Einheit und Kampf für die Einigung Europas. Um es am Beispiel zu verdeutlichen: Schon im Sommer 1947 war er zum ersten Mal in Berlin; im September 1950 gehörte er einer Delegation an, die von Robert Schuman am Quai d'Orsay empfangen wurde. Als ein vom Krieg Gezeichneter sollte er später in Michail Gorbatschow einen Partner finden, für den das „nie wieder Krieg“ ein unumstößlicher politischer Grundsatz war.

Kein Kanzler hat ein ähnliches Engagement in der Partei gezeigt. Er stieg in ihr auf. Das erste von ihm bekleidete staatliche Amt sollte erst 1969 der Posten des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz sein. Er begann als ein Führer der Jungen in seiner Partei, nicht aber der Jungen Union, den Kampf gegen die etablierte Parteiobrigkeit. Das war kein Vater-Sohn-Konflikt, sondern eine Auseinandersetzung mit der Großvatergeneration, die seit 1945 in ihren Partei-

funktionen verknöcherte und von ihm und seinen Gesinnungsgenossen gestürzt wurde. Das galt auch für Peter Altmeier, den er nach zähem Ringen zum Rücktritt drängte. Sein Engagement in der Partei war – neben dem eigenen Aufstieg natürlich – von dem Willen zur Parteireform bestimmt. Er wollte die Partei verändern, von dem Kanzlerwahlverein zur modernen Mitgliederpartei, denn er erblickte in einer mitgliederstarken Volkspartei zugleich die Möglichkeit, ihre demokratische Substanz und damit ihre Legitimation zu stärken. Er wollte, dass die wichtigen politischen Entscheidungen, die die Parteien zu treffen hatten, von einer zahlenmäßig größeren Mitgliederschaft getroffen werden sollten.

Das „Wurzelgeflecht“

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach dem „System Kohl“, das in den Neunzigerjahren gleichsam als Chiffre für eine Art mafiose Vereinigung dargestellt worden ist. Tatsächlich ist der Sachverhalt simpler. Jeder Politiker muss seinen Anhang pflegen, vor allem im eigenen Landesverband. Dort war seine Stellung einzigartig. Die Erklärung für die dann sich ausbildenden Beziehungen, die häufig mit einem Anflug von Neid als „Wurzelgeflecht“ bezeichnet wurden, liegt in seinem einzigartigen Einsatz, vor allem in Wahlkämpfen. Kein Politiker der CDU hat so intensiv Wahlkampf geführt wie er. Bei der für ihn charakteristischen Kontaktstärke ergaben sich enge Beziehungen, die ebenso auf der Wirksamkeit

seines Einsatzes wie auf der Zuverlässigkeit beruhten, mit der er Wahlkampfverpflichtungen übernahm und auch erfüllte. Hinzu kam das ihn beglückende Gefühl, auf Menschen zu treffen, mit denen ihn nicht nur Wahl- und Karrierechancen, sondern auch weltanschauliche Gemeinsamkeiten verbanden.

Mit dem ihm eigenen Sinn für eine „kluge und weitsichtige Personalpolitik“ ergab sich im Laufe von Jahrzehnten fast von selbst das „Wurzelgeflecht“, in das viel Unsinn hineingeheimnist worden ist. Der Hang zur Personalpolitik findet bei Kohl noch eine andere Begründung. Er erkannte schon frühzeitig, dass in der Partei politische Begabungen dünn gesät waren. Deshalb hielt er stets Ausschau nach fähigem Nachwuchs oder Persönlichkeiten, die er für die Partei gewinnen und in wichtige Positionen hineinbringen konnte. „Ich bin immer auf Talentsuche“, hatte er einmal zu Günter Gaus gesagt. Von Blüm bis Weizsäcker reicht die Liste der von ihm Geförderten, die aber dann durch ihr Handeln oft die Spruchweisheit bestätigen sollten, dass es in der Politik keine Dankbarkeit gibt.

Kohls Einsatz für die Partei wurde vom Parteivolk honoriert. Er wurde als Parteivorsitzender stets mit großen Mehrheiten in seinem Amt bestätigt. 1975 waren es 98 Prozent, was einen Parteitagsdelegierten zu der Bemerkung veranlasste, es wären fast „Ost-Berliner Verhältnisse“. Dennoch stieß Kohl in den mittleren und oberen Rängen auf Reserve und kritische Distanz. 1976 klagte er, den „Stabsoffizieren“ fehle es an Kampfbereitschaft. Ein Jahr später bemerkte er mit Bitterkeit, in den oberen Rängen der Partei herrschten Vorstellungen, als säßen sie in einer „Proszeniumsloge“ und beobachteten den Wahlkampf, den der Parteivorsitzende führte, ohne sich selbst zum Mitmachen angesprochen zu fühlen. Es bestand in gehobenen Parteikreisen die Neigung, auf die Anforderungen

eines modernen Wahlkampfes herabzublicken und nicht begreifen zu wollen, dass Reden auf Marktplätzen oder vor breitem Publikum anders strukturiert sein mussten als akademische Vorlesungen.

Mann der Mitte

Helmut Kohl hat immer wieder versichert: „Ich bin ein Mann der Mitte.“ Das war seine Stärke, aber auch sein wunder Punkt. Ihm gelang es wie keinem anderen, die Partei mitzunehmen. Aber diese alles andere als leichte Aufgabe angesichts der Tatsache, dass die CDU eine „Tradition in Personalquerelen“ hatte, bedeutete zugleich den Verzicht auf Profilierung nach links oder rechts. Damit lud er die Kritik von den Flügeln geradezu ein und musste mit ihr leben.

Die größte Herausforderung bestand für ihn in der Gegnerschaft von Franz Josef Strauß und der diesem unbedingt folgenden CSU. Schon nach der verlorenen Wahl von 1972 drohte die CSU mit der Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft. 1975 gelang es Kohl unter erheblichen Schwierigkeiten, zum Kanzlerkandidaten der Union bestimmt zu werden, denn Strauß musste durch die Veröffentlichung seiner berüchtigten Sonthofener Rede zurückstecken. Da war der *Spiegel* ungewollt Kohl zu Hilfe gekommen, als das Magazin im März 1975 mit dem Abdruck des Redetextes den Mann vorstellte, der „bis zum Rest des Jahrhunderts aufzuräumen“ versprach. Die schließlich erfolgte Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft nach dem hohen Wahlsieg vom Oktober 1976 mit 48,6 Prozent, dem größten Wahlerfolg seit 1957, wurde von Kohl besonnen, aber entschieden in der Sache rückgängig gemacht. Aber damit war nicht viel gewonnen. Strauß steckte nicht zurück, sondern rechnete sich für die Wahlen von 1980 eine erneute Chance aus.

Kohl hatte es als Oppositionsführer mit einer einmaligen Situation zu tun. Ungefähr ein Drittel der Fraktion setzte auf Strauß und die zu gründende vierte Partei, hielt sich in der Fraktion selbst zurück und schwächte den Vorsitzenden durch Hintergrundgespräche mit der Presse, denn auch die bürgerliche Presse stand keineswegs hinter Kohl. Springer unterstützte Strauß und ließ die *Welt* entsprechend schreiben. Selbst in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* gab es verschiedene Kohl-Gegner und Strauß-Sympathisanten. Die Fraktion selbst war ein schwieriges Gebilde. Kohl musste bitter feststellen, dass es nach 1976 nicht ein einziges Mal gelungen war, der Regierungskoalition angesichts ihrer schwachen Mehrheit von zehn Stimmen eine Niederlage zuzufügen.

Die Durststrecke

Er hatte 1974 einmal davon gesprochen, dass eine so große Fraktion wie die CDU/CSU es in der Opposition außerordentlich schwer habe. Das sei wie der Marsch durch die Wüste Gobi, eine Durststrecke, da es keine Posten und Pfründe zu verteilen gäbe. Tatsächlich war die Situation nach 1976 noch schwieriger, denn die Truppe, die durch die Wüste marschieren musste, stritt ständig über den richtigen Weg, wie und unter welchen Umständen die FDP zu gewinnen oder ob auf sie zu verzichten sei.

Der *Rheinische Merkur* schrieb im Dezember 1977: „Das elitäre Gehabe der Fraktion ist gnadenlos und zehrt an Kohls Nerven.“ Was hatte man an ihm zu kritisieren? Einzelheiten wurden genannt. Das betraf seinen Wortschatz, der „kleiner als Adenauers“ sei, seine Lageberichte seien „Nachrichten von gestern, aber ausführlicher“, und ihm „fehle die Kompetenz für Spezialgebiete“, er sei also ein Generalist.

Dazu ist Folgendes zu sagen. Adenauers Minimalwortschatz war eine Spiegel-

Erfindung und, auf Kohl bezogen, absolut unzutreffend. Wer viele Bände Fraktionsprotokolle durchgearbeitet hat, kann dem abschätzigen Verdikt, dass Kohls Berichte langweilig und überholt waren, absolut nichts abgewinnen. Was schließlich den „Generalisten“ betrifft, so ist das ein Vorurteil von ähnlicher Qualität wie die Neigung zum Aussitzen, unausrottbar, aber dennoch falsch. Kohl hatte wie kein anderer Politik von der Pike auf gelernt und besaß stupende Kenntnisse auf allen möglichen Gebieten. Er arbeitete sehr aktiv über zehn Jahre im Stadtrat von Ludwigshafen, selbst als er schon Ministerpräsident war; er krepelte Rheinland-Pfalz durch die von ihm angeschobene Gebietsreform und die Wende in der Bildungspolitik – Stichwort Abschaffung der Bekenntnisschule – buchstäblich um und war mit der Bundespolitik auf vielfältige Weise verbunden.

Vor den Schleswig-Holstein-Wahlen im April 1979 wurde von seinen Gegnern unter der Hand schon vorher verbreitet, diese Wahlen würden verloren gehen, um dann aber, wenn die angekündigte Niederlage tatsächlich eintraf, die Schilderhebung von Franz Josef Strauß als rettenden Ausweg zu propagieren. Allerdings taten die Wähler der CSU diesen Gefallen nicht. Ähnlich verhielt es sich bei der Europawahl, die der SPD eine empfindliche Niederlage einbrachte.

Rückblickend, nachdem am 23. Mai Karl Carstens schon im ersten Wahlgang erfolgreich war, erklärte Kohl dann vor der Fraktion am 12. Juni 1979: „Was ich an schlanken Erpressungsversuchen erlebt habe vor dieser Bundespräsidentenwahl, das spottet wirklich jeder Beschreibung.“ Den Abgeordneten, die ihm nicht offen, sondern über die Medien mangelnde Führungskraft vorwarfen, hielt er entgegen, dass „diese mangelnde Führungskraft dazu beigetragen hat, dass wir jetzt diese drei Wahlen siegreich bestanden haben“ – die Wahl in Schleswig-Hol-

stein, die Europawahl und die Wahl des Bundespräsidenten.

Wie die Kanzlerkandidatur für 1980 im Mai in Gang kam, sagte einiges über das Innenleben der Union aus. Franz Josef Strauß hatte sich trotz des Drängens seiner Anhänger zur Kandidatur noch nicht entschließen können. Er war halt ein Zauderer. Als aber in der entspannten Atmosphäre unmittelbar nach der Wahl von Carstens plötzlich das Gerücht die Runde machte, Kohl habe auf die Kandidatur verzichtet und den niedersächsischen Ministerpräsidenten zur Kandidatur bewogen, sorgte das für besonders heftige bayerische Empörung. Im engsten Führungskreis der CSU, angefeuert von den lockeren Sprüchen des Springer-Intimus Peter Boenisch, wurde Strauß mit viel Alkohol in einem Godesberger Lokal zur Annahme der Kandidatur bewogen. Am nächsten Tag gab es jedoch Schwierigkeiten, das Verabredete zu rekonstruieren.

Es gibt keine Zeugnisse, die uns informieren, wann und unter welchen Umständen Kohl zu der Einsicht gelangte, nicht als Kandidat für 1980 anzutreten. Jedenfalls überzeugte er Albrecht davon, dass es auch in seinem Interesse sei, für die CDU zu kandidieren. Mit Sicherheit war Albrecht kein Zählkandidat. Das verbot ihm schon sein ausgeprägtes Selbstgefühl, das es ausschloss, sich von Kohl in eine voraussehbare Niederlage schicken zu lassen. Nun stellt sich die Frage: War Kohls Verzicht das Ergebnis einer Planung, die darauf beruhte, dass er selbst warten könne, Strauß aber die Wahl verlieren würde und dass er dann beim nächsten Mal umso sicherer die Kandidatur und die Wahl zum Kanzler gewinnen würde? Eine solche Überlegung war nahe liegend und hat sich im Nachhinein auch als richtig erwiesen.

Einheit der Union

Kohl selbst wies allerdings ein derartiges Kalkül weit von sich. Er sprach „von

bösartigen Zynikern“, die „unter der Hand“ erklärten, „dieser Kandidat [...] gewinnt nie die Wahl, aber ich bin dafür, damit vielleicht dann 1980 dieses Personalproblem gelöst ist nach dem Motto, den sind wir los!““. Eine solche Haltung hat Kohl in schärfster Weise verurteilt. Das war für ihn ein „Verbrechen an unserem Wählerauftrag, am Geist der CDU/CSU, dem Gesetz des Anfangs dieser Union“.

Für Kohl ging es darum, dass in einer politisch schwierigen Situation der richtige Kandidat ohne Rücksicht auf taktische Überlegungen gewählt wurde. Schon sein Hinweis, dass man sich mit einer solchen Haltung am „Gesetz des Anfangs dieser Union“ vergehen würde, zeigt, wie ernst es ihm dabei war. Es sollte eine Entscheidung mit Blick auf die Probleme der Zukunft getroffen werden. In der Politik ist nicht alles Taktik; und Kohl war ein Politiker, der mitunter sehr emotionale Töne anschlug. Daher sind seine Worte so zu verstehen, dass in der konkreten Situation für ihn die Einheit der Union auf dem Spiel stand.

Kohl hat sich oft als Parteiarbeiter bezeichnet, der der Partei diene. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass Kohl bei diesen beschwörenden Worten seine Person und seinen Führungsanspruch völlig zurückstellte. Die Partei musste erhalten bleiben, seine Kanzlerkandidatur war in dieser Situation für ihn zweitrangig.

In dieser Situation darf eines nicht vergessen werden: Kohl stand an einem Tiefpunkt seines Lebens. Er konnte die Demontage seiner Stellung nicht aufhalten und zog selbst die Konsequenz, indem er auf die Kandidatur verzichtete.

Als dann am 2. Juli die Abstimmung über den Kanzlerkandidaten in der Fraktion erfolgte, siegte zwar Strauß, aber mit welchem Ergebnis: Für ihn wurden 135 Stimmen abgegeben, für Albrecht 102. Die Mehrheit für Strauß war alles andere als überzeugend, wenn man bedenkt, dass eine Reihe von Abgeordneten – an-

ders als Kohl es gewünscht hatte – für Strauß gestimmt hatte, um ihm die Chance einzuräumen, als Kanzlerkandidat zu scheitern.

Die sozialliberale Koalition endete im September 1982. Ihre Gemeinsamkeiten waren aufgebraucht. An der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung schieden sich die Geister. Die Union stellte den Regierungswechsel als „politisch-moralische Wende“ dar und stieß damit sofort auf Kritik. Wir wissen heute, dass dieser Begriff – allerdings ohne jedes Attribut – einer größeren politischen Umwälzung vorbehalten blieb.

Regierungswechsel und Problemfelder

Die neue Regierung hatte seit dem Amtsantritt die Medien gegen sich. Das war für Kohl nichts Neues. Was aber viel schwieriger war und die politische Arbeit erheblich komplizierte, war der Streit innerhalb der Koalition. Denn ihr Bogen spannte sich vom linken Flügel der CDU über die wirtschaftsliberale FDP bis zur konservativen CSU, wobei das ausgeprägte Feindbild, das Strauß gegenüber der FDP pflegte, für dauernde Spannung sorgte. Die scharfen Gegensätze entstanden zu meist bei der Gestaltung der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Denn die Sparmaßnahmen, mit denen die Regierung begonnen hatte, führten zu Begehrlichkeiten, als die Krise ihre Schrecken verlor. Da wurden sozialpolitische Wohltaten erzwungen wie die Trümmerfrauenrente, die auf der anderen Seite die Forderung nach Steuersenkung, vor allem bei der Einkommensteuer, immer dringlicher erscheinen ließ. Es konnte aber auch zu bemerkenswerten Schwenks kommen, wenn etwa Franz Josef Strauß plötzlich von der Angst ergriffen wurde, das deutsche Volk könnte aussterben. Da entstand dann „eine Koalition in der Koalition“ zwischen Blüm und Geißler und der CSU, die sich für das Mutterschaftsgeld stark-

machten. Strauß wischte finanzpolitische Bedenken mit dem umwerfenden Satz beiseite, andernfalls „übergeben wir einem sterbenden Volk konsolidierte Haushalte“.

Die Konsolidierungspolitik von Finanzminister Stoltenberg war durchaus erfolgreich, die Haushaltssanierung machte Fortschritte, und die Neuverschuldung ging zurück. Aber im Kampf um die Steuerreform, die endlich eine fühlbare Entlastung der Steuerzahler bringen sollte, wurden die Gegensätze immer schärfer. Das ging bis zur Rücktrittsdrohung Kohls – der einzigen – im März 1987. Das Kabinett war überfordert, Elefantenrunden der Parteivorsitzenden wurden eingerichtet, um Einigungen zu erreichen. Da kämpften Landesfürsten wie Späth und Albrecht, ohne jede Rücksicht auf die Bundespartei und erst recht nicht auf den Kanzler zu nehmen, für die Steuerfreiheit von Jahreswagen, und Strauß provozierte die Sozialdemokraten mit der von ihm durchgesetzten Steuerbefreiung für Flugbenzin für Privatflieger und brach damit eine Riesendebatte los, in der der Sozialneid Triumph feierte.

Die sozialpolitischen Auseinandersetzungen konnten den Charakter von Glaubenskämpfen annehmen. Was schlimmer war: Sie prägten zunehmend das Koalitions-klima. Der Kanzler war der Verlierer. Als Mann der Mitte musste er ausgleichen und konnte sich nicht auf Kosten anderer profilieren. Innerparteiliche Opposition regte sich. Ihr führender Kopf war Heiner Geißler, ein Sozialpolitiker, der mit Norbert Blüm die Schlachten um die Sozialpolitik schlug, aber weiter ausgriff. Er suchte zuerst die scharfe Konfrontation mit der SPD, zum Teil mit infamen Unterstellungen. Nach und nach entwickelte er eine Politik, die nach links ging und sich zunehmend mit den „Problemen des Hungers in der Welt“ und „weltweiten Umweltproblemen“ befasste. Die Wiedervereinigung interes-

sierte ihn nicht. Sie schien ihm erst möglich, wenn alle europäischen Staaten dies zustimmten, womit nicht zu rechnen war. Der Parteiveteran Bruno Heck erklärte 1988: „Geißler empfinde sich selbst als politischer Führer der CDU.“ Es war nur folgerichtig, dass Kohl ihn nicht zur Wiederwahl als Generalsekretär vorschlug.

Mit der Öffnung der ungarischen Grenze am Vorabend des Bremer Parteitages im September 1989 brach der Putsch gegen Helmut Kohl zusammen, bevor er sich richtig entwickeln konnte. Es ist aber für die Gemengelage der Partei charakteristisch, dass Kohl selbst problemlos zum Vorsitzenden gewählt wurde, aber der von ihm entmachtete Geißler mit großer Mehrheit zum stellvertretenden Vorsitzenden aufrückte.

Der Hauptpunkt der Kritik an Kohl lag wieder in seiner angeblichen Führungsschwäche. Es ist nur erstaunlich, wie schnell das Wort von der Führungsschwäche verschwinden sollte, als er nach dem Fall der Mauer mit den zehn Punkten die Initiative in der Deutschlandpolitik übernahm und mit seiner Rede in Dresden im Dezember einen emotionalen Durchbruch erzielte.

Menschliches Verständnis und rasche Hilfe

Seine tatsächliche Stärke in der Außenpolitik blieb seinen Kritikern in der Regel verborgen. Wer wusste schon etwas von den engen Kontakten, die er bereits 1980 zu dem damaligen Präsidentschaftskandidaten Reagan geknüpft hatte, als dieser – vom offiziellen Bonn nicht zur Kenntnis genommen –, aber von Kohl zu einem ausgedehnten Gespräch empfangen wurde? Die Beziehungen sollten dann durch das Standhalten in der Nachrüstung ungemein befestigt werden. Keiner konnte so eindrucksvoll wie Vizepräsident George Bush erzählen, wie er mit Kohl vor dem Steinehagel friedens-

bewegter Demonstranten in einer Tiefgarage Zuflucht nehmen musste. Mit dem Pfund dieser gemeinsamen Erfahrungen sollte Kohl dann später wuchern können.

Helmut Kohl besitzt die seltene Gabe, mit ausländischen Staatsmännern rasch einen echten menschlichen Kontakt herzustellen und sie in einer Weise anzusprechen, die die Partner angenehm überraschte, auch wenn manche von ihnen anfangs Schwierigkeiten hatten, von Kohl gleich geduzt zu werden. Kohl beließ es jedoch nicht bei Smalltalk und Kontaktpflege. Mit Mitterrand betrieb er nicht nur Symbolpolitik. Bei den komplizierten Verhandlungen über die Agrarpolitik, aber auch in Währungsfragen, kam er dem französischen Partner diskret, aber wirkungsvoll zu Hilfe. Der Weg bis zum Paukenschlag der Einigung im Kaukasus war – unbeschadet der freundschaftlichen Zuneigung zu Gorbatschow – mit effektiven wirtschaftlichen und finanziellen Hilfsmaßnahmen gepflastert.

Diese Verbindung von menschlichem Verständnis und rascher Hilfe gilt es, als probates Mittel der Außenpolitik Kohls im Auge zu behalten. Vor allem bei den kleineren europäischen Staaten wurde dies hoch geschätzt. Kürzlich klagte die *Neue Zürcher Zeitung*, dass mit der Abwahl Kohls „der Zwirn gerissen sei, der eine beeindruckende Kommunikation auf höchster Ebene garantierte“.

Die zweite Hälfte der Regierungszeit Kohls begegnet in seltsamem Licht. Manchen westdeutschen Politikern, ihren Wählern und den ihnen nahestehenden Medien erschienen diese Jahre als „Reformblockade“ oder als „Jahre der Erstarrung“. Auch im Rückblick auf diese Jahre wird diese Perspektive immer wieder beschworen. Das zeigt nur eins: Diese unter dem angeblichen Reformstau Leidenden lebten weiter in der alten Bundesrepublik. Die Wirklichkeit stellte andere Anforderungen. In den neuen Bun-

desländern machten sich Wut und Enttäuschung breit. Der Wiedervereinigungsboom ging schon 1992 zu Ende. Die Kritik nahm zu, sogar von höchster Stelle. Bundespräsident Richard von Weizsäcker – seit Langem ein Gegner Kohls – warf in einem Interviewbuch mit zwei *ZEIT*-Journalisten „der politischen Führung“, sprich Kohl, vor, den „Appell zu einem wahren Lastenausgleich“ nicht an die Westdeutschen gerichtet zu haben. Das war reines Wunschdenken, denn schon 1990 zeigten die Umfragen, wie gering die Bereitschaft zum Verzicht tatsächlich entwickelt war.

Als 1993 eine schwere Rezession eintrat, schien der Kanzler mit Blick auf die Wahl von 1994 chancenlos zu sein. Nur Kohl selbst verkündete unverdrossen die bevorstehende Verbesserung der Wirtschaftslage, und tatsächlich: Die Konjunktur sprang an und ermöglichte dem Kanzler einen knappen Sieg.

Milde und beherrschende Führung zur Einigung Europas

Weitaus bedeutender gegenüber der Kärnnerarbeit des Aufbaus Ost mit all seinen Konferenzen, Besuchen, Ermutigungen und Enttäuschungen stellt sich in historischer Perspektive der Fortschritt in der Einigung Europas dar. Es war vor allem die unglaubliche Führungskraft Kohls, die Europa so weit voranbrachte. Die Weichenstellung dafür fand bereits 1991 in Maastricht statt. Aber ohne Kohl als treibende Kraft wäre es mit Sicherheit nicht zur Einführung des Euro gekommen. Denn es war die deutsche Seite, die mit der ominösen Obergrenze des Defizits von drei Prozent des Bruttosozialproduktes die Latte so hoch legte, dass Bonn selbst in erhebliche Schwierigkeiten geriet, ihr eigenes Limit auch zu erreichen. Welche andere Regierung als die des hoch motivierten Europäers Helmut Kohl hätte es fertiggebracht, angesichts der unzähl-

gen kostspieligen Baustellen im eigenen Land die Wirtschafts- und Währungsunion mit solcher Energie voranzutreiben, die notwendigerweise viele weitere Milliarden kosten mussten?

Unter der milden, aber doch beherrschenden Leitung Kohls hatten die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat gelernt, dass von diesem Deutschen keine Bedrohung ausging. Sie wussten auch, dass die von ihm durchgesetzten Kompromisse vor allem gemeinschaftsfördernd waren. John Major hat rückblickend festgestellt, dass das „Ich stimme mit Helmut überein“ das Leitmotiv der Beratungen gewesen sei.

Die Geschichte der europäischen Einigung in den Achtziger- und Neunzigerjahren ist in erheblichem Maße von Kohl gestaltet worden. Europapolitisch ist die Ära Kohl im zwanzigsten Jahrhundert mit der Ära Adenauer und der Ära Stresemann, im neunzehnten Jahrhundert mit der Stellung Bismarcks in den 1870er- und 1880er-Jahren zu vergleichen.

Helmut Kohl ist in einer Kontinuität von Kanzlern, die mit Adenauer beginnt und mit denen der Begriff der Kanzlerdemokratie verknüpft ist, der letzte. Er übernahm das Amt, als eine neue Generation den politischen Konsens der ersten Jahrzehnte aufgekündigt hatte und in vielfältiger Weise zusammen mit den Medien die Gesellschaft zu verändern begann. Sein Vorgänger Helmut Schmidt war an diesen Kräften gescheitert. Kohl hatte ebenfalls mit dieser Fundamentalopposition zu kämpfen. Er hielt ihr stand, aber die Stabilität seiner Mehrheit geriet mitunter in Gefahr. Seine lange Regierungszeit ist daher auch als zähes Behaupten gegenüber diesen Gegnern zu verstehen. Mit ihm hat die Kanzlerdemokratie in der von Adenauer geprägten Bedeutung ihren Höhepunkt und zugleich den Endpunkt erreicht.